

Interkommunales eGovernment

Workshop des Fraunhofer eGovernment-Zentrums, Berlin

von Markus Städler*

»Waren es zur Bauhaus-Zeit neue Materialien und Fertigungstechniken, die andere Formen des Bauens und Wohnens ermöglichten, so ist es zu unserer Zeit die Informationstechnik, welche neue oder angepasste Verfahrensformen und -verfahren erlaubt.« Dass diese Aussage *Heinrich Reinermanns*¹ bereits aus dem Jahr 1983 (!) stammt, überraschte die rund sechzig Teilnehmer des Workshops. Ihre Aktualität wurde in den beiden Tagen mehr als deutlich.

»Alleine schafft es keiner, im eGovernment erfolgreich zu sein« (*Dirk Arendt*), war Motto und Grund der Einladung mit eGovernment befasster kommunaler Verantwortlicher durch das Fraunhofer eGovernment-Zentrum² in Kooperation mit der Firma City & Bits GmbH³.

Utz Schliesky (Deutscher Landkreistag) setzte in seinem Eröffnungsreferat bereits einen Eckpunkt für den Workshop. Ausgangspunkt war die Speyerer Definition von eGovernment⁴. »Verwaltung sicherstellen in leerer werdenden Räumen« könne zum Beispiel die Herausforderung für ostdeutsche Verwaltungen lauten, die von der demographischen Entwicklung besonders betroffen sein werden. Über eGovernment werde dezentral in den Kommunen entschieden. Dezentrales eGovernment könne aber zu zentralen »Back-Office«-Lösungen führen, die mit der »top-down«-Initiative »Deutschland Online« im Einklang stünden. Ein Beispiel seien die 120 unterschiedlichen Kfz-Zulassungsverfahren, die künftig als zentrales Verfahren mit dezentraler »Front-Office«-Anbindung – ob in Flensburg oder offshore in Bangalore – durchgeführt werden könnten.

Diskussionsstoff für den Rest des Workshops lieferte der zweite Teil des Referats: die Initiative eEurope der EU. Dass man sich hinsichtlich der Standards an den deutschen SAGA-Standards der KBSt orientiere, sei positiv; damit werde, bei aller internationalen Kritik am deutschen eGovernment, die hohe Qualität von SAGA unterstrichen. Noch bedeutender für die deutsche eGovernment-Zukunft sei aber die neue Dienstleistungs-Richtlinie der EU vom 13. Januar 2004⁵ zum Abbau bürokratischer Hemmnisse bei einer gemeinschaftsweiten Erbringung von Dienstleistungen. Noch aufmerksamer wurden die Workshop-Teilnehmer, als *Schliesky* das Urteil des OLG Düsseldorf vom 5. Mai 2004⁶ vorstellte, mit dem offenbar auch die EU in einem Grünbuch, dem Ausgangspunkt europäischer Rechtsetzung, übereinstimme. Dies bedeute einen Einschnitt in alle zukünftigen Public-Private- oder Public-Public-

Partnerships, sofern, wie im Urteil festgestellt, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, die auf den (Landes-) Gesetzen über die kommunale Zusammenarbeit beruhen, zukünftig als Beschaffungsvorgänge angesehen würden. Denn diese wären dann aus-schreibungspflichtig. Die Kooperationshoheit als wesentlicher Teil der kommunalen Selbstverwaltung wäre damit beschnitten und die immer wichtiger werdende »Gewährleistungskommune« eines ihrer wichtigsten Handlungsinstrumente beraubt.

Es folgten Praxisbeispiele: *Frank Patzlee* (Kreis Soltau-Fallingb.-b.) referierte über »Dienste statt Software – Integriertes eGovernment im Landkreis Soltau-Fallingb.-b.«, während *Partho Banerjee* die schwierigen eGovernment-Erfahrungen der Gemeinde Seevetal darstellte, die sich bisher wenig erfolgreich auf Partnerschaften im Landkreis Harburg befindet, da offenbar viele Beteiligte das Handeln der »Metropolregion Hamburg« abwarten. Erfolgversprechend als aufgabenkritisches, mit einer Funktionalreform verbundenes interkommunales eGovernment ist die von *Magnus Petersen* (Kreis Nordfriesland) vorgestellte Initiative »Von Inseln zu Inseln«.

Kompetenz statt Redundanz – Strategien für die Region Ostwestfalen-Lippe stellte *Klaus von der Mosel* (INFOKOM Gütersloh) vor. *Achim Götz* (Fraunhofer IAO, Stuttgart) erklärte den eGov-Rechner, mit dem sich Wirtschaftlichkeitspotentiale ermitteln lassen. Projekterfahrungen aus West-Sachsen stellte *Birgit Fischer* (Stadtverwaltung Plauen) dar, und *Marco Brunzel* (City & Bits) widmete sich Portalen als Instrument der Regionalentwicklung in Ost-Thüringen, Magdeburg und dem Taunus.

Tino Schuppan (Institut für eGovernment, Universität Potsdam) veranschaulichte die Neugestaltung öffentlicher Leistungsstrukturen durch eGovernment an Backrezepten. Bei der Reorganisation von Prozessen sei stets zu fragen, was der Mensch und was die Maschine besser könne. Noch sei das 1969 von *Frido Wagner* veröffentlichte Werk »Neubau der Verwaltung« die – inzwischen überholte – Maßgabe für öffentliche Leistungsstrukturen. Die Gestaltungspotentiale von eGovernment sind nach *Schuppan* aber

- die von *Heinrich Reinermann* beschriebene »Ubiquität der Aufgabenwahrnehmung«⁷
- die Trennung von »Front-« und »Back-Office«.

Ausgangspunkt für neue institutionelle Arrangements müssten deshalb Anwendungsszenarien sein, die ein Idealziel vorgäben, etwa Kfz-Zulassung mittels GPS und nur durch das

erstmalige Drehen des Zündschlüssels. Aus diesen Anwendungsszenarien ergäben sich dann die nötigen Integrationsebenen.

Die Referate des zweiten Workshop-Tages hatten impulsgebenden Charakter. *Andreas Goerdeler* (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) erläuterte Entwicklungsstand und Ziele der auf der CeBit 2004 gestarteten Initiative MEDIA@Komm-Transfer⁸. Produktempfehlungen wolle man nicht aussprechen, sondern sich auf die Schaffung von Standards beschränken.

Manfred Malzahn (Niedersächsischer Landkreistag) erläuterte das Projekt MOIN – Meldewesen Online in Niedersachsen⁹. Für *Franz-Reinhard Habbel* (Deutscher Städte- und Gemeindebund) ist interkommunales eGovernment Grundlage für effizientes Verwalten. Geschäftsprozesscenter wie die im Zuge der Arbeitsmarktreformen geschaffenen »JobCenter« würden, im Falle ihres Erfolges, die Verwaltungslandschaft neu modellieren. Eventuell stehe hier das Genossenschaftsmodell vor seiner Renaissance. *Michael Tschichholz* (Fraunhofer FOKUS) stellte »eGovernment Made in Germany« vor, dem Thema »Interoperabilität durch Architekturen und Standards – Infrastrukturen für interkommunales eGovernment« gewidmet. *Andreas Kraft* (KIND w.V.¹⁰) stellte die erfolgreiche Fortentwicklung des ehemaligen Media@Komm-Projekts »Virtuelles Bauamt der Stadt Esslingen« vor. KIND sei eigens zum Zwecke der Weiterverbreitung des virtuellen Bauamts gegründet worden, so dass auch andere Gebietskörperschaften von dieser Anwendung profitieren können.

Das Fraunhofer eGovernment-Zentrum beabsichtigt, zum behandelten Thema auf Grund des Erfolges eine Workshop-Reihe zu etablieren.

* Der Autor ist Regierungsrat z.A. beim Bundesverwaltungsamt in Köln.

1 Heinrich Reinermann, Brauchen wir eine »Bauhaus Bewegung« für die Verwaltungs-automation? In: ÖVD, Heft 2/1983, S. 67- 72.

2 <http://www.egov-zentrum.fraunhofer.de>

3 <http://www.cityandbits.de>

4 <http://foev.dhv-speyer.de/ruvii/Sp-EGov.pdf>

5 http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2004/com2004_0002de02.pdf

6 Urteil vom 5. Mai 2004; Az. VII-Verg 78/03: http://www.justiz.nrw.de/RB/nrwe/olgs/duesseldorf/j2004/VII_Verg_78_03beschluss20040505.html

7 Heinrich Reinermann, Wirkungen von Electronic Government, in: Behördenspiegel, Beilage »Effizienter Staat«, Juli 1999, S. B XVI.

8 <http://www.mediakomm-transfer.de>

9 <http://www.moin.ag>

10 w.V. steht für »wirtschaftlicher Verein«.